



Landkreis Nordhausen

ERKLÄRUNG DES KREISTAGES



Gemeinsame Erklärung der demokratischen Parteien zum Einzug der rechtsextremen NPD in den Nordhäuser Kreistag

Die Fraktionen und Gruppen des Nordhäuser Kreistags CDU, Die Linke, SPD, FDP und Freie Wähler Nordhausen und Bündnis 90/Die Grünen bedauern den erneuten Einzug der rechtsextremen NPD in den Kreistag. Wir schließen uns den Ausführungen der Erklärung des Landkreises Nordhausen, der Stadt Nordhausen, der IGM Nordhausen und des Nordhäuser Unternehmerverbandes an. Denn wir sehen es als unsere Aufgabe an, den demokratischen Geist des Nordhäuser Kreistages gegen den braunen Ungeist zu bewahren. Danach wird sich unser heutiges und zukünftiges Handeln ausrichten.

Gemeinsam stehen wir für den Schutz und die Weiterentwicklung der Demokratie im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Thüringen. Auf diesem Fundament wenden wir uns gegen jede Form der politisch motivierten Gewalt, gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen Antisemitismus.

Der Einzug der rechtsextremen NPD in den Kreistag erfüllt uns mit Sorge. Er schadet der Demokratie und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir gehen jedoch davon aus, dass ein Teil der Wählerschaft der NPD sich nicht mit den verfassungsfeindlichen Zielen dieser Partei identifiziert. Deshalb bleibt unsere dringlichste Aufgabe, jene von der Demokratie enttäuschten Menschen für die demokratische Wertegemeinschaft zurück zu gewinnen. Wir wollen nach Kräften dafür sorgen, dass auch diejenigen wieder in den Prozess der politischen Meinungsbildung einbezogen werden, die am 25. Mai nicht wählen gegangen sind. Leider ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2009 gesunken von 52,2 auf 48,4 Prozent.

Zum Erreichen dieses Zieles ist eine sachorientierte und erfolgreiche Arbeit der Kreisverwaltung ebenso wichtig wie ein kritisch-konstruktives Wirken der Kreistagsmitglieder. Eine Zusammenarbeit mit Mitgliedern der NPD darf und wird es nicht geben. Als Demokratinnen und Demokraten grenzen wir uns klar von ihnen ab. Trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen sind wir uns darin einig, dass die Verteidigung der Demokratie immer Vorrang haben muss.

Egon Primas (CDU)

Rainer Bachmann (DIE LINKE.)

Dagmar Becker (SPD)

Franka Hitzing (FDP/FWN)

Christian Darr (B. 90/Die Grünen)